



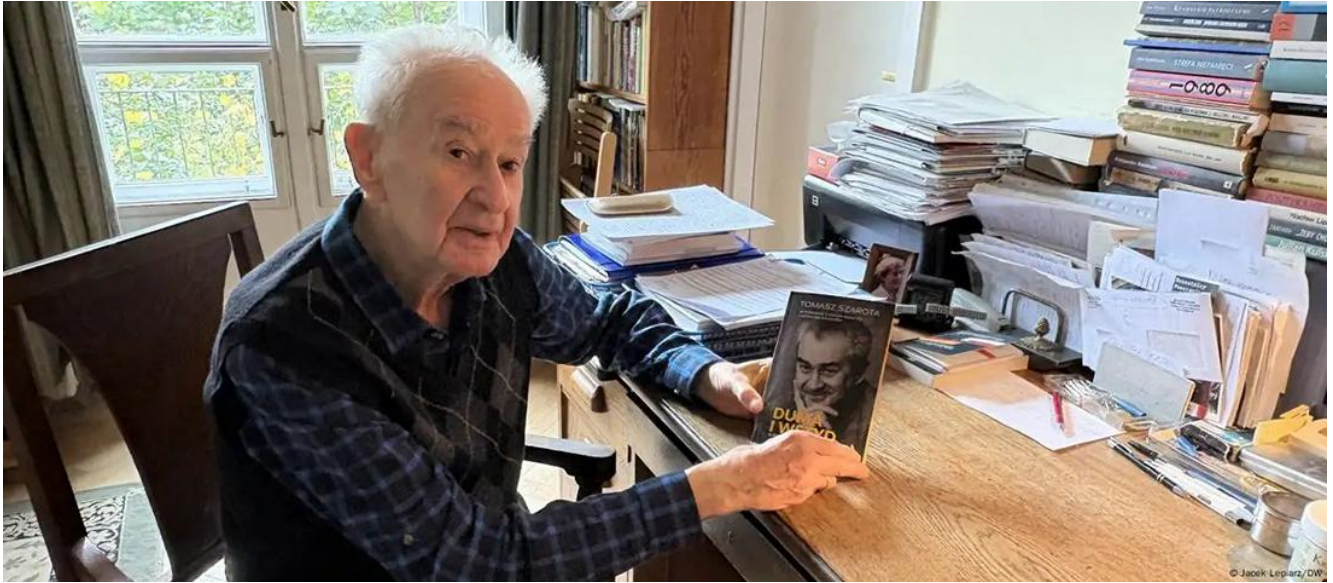
Polen - Pressespiegel 43/2025 vom 23.10.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Polnischer Historiker: Ein schwieriger Weg zur Versöhnung mit Deutschland
- Ein Sieg, aber wessen? Die Koalition spricht die Sprache der Rechten, selbst wenn sie versucht, sich von ihr zu distanzieren
- Zwei Jahre vor den Wahlen und bis zu den Wahlen. „Die Koalition wartet auf ein Wunder“
- Donald Trump kämpft um Frieden. Wieder ohne Polen
- Grzegorz Braun wird endlich vor Gericht stehen. Politiker steht vor sieben Strafanzeigen
- „Banderismus“ frei nach Nawrocki, also ein allgemeiner Kampf, aber man weiß nicht, gegen was

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Polnischer Historiker: Ein schwieriger Weg zur Versöhnung mit Deutschland



Quelle: [Jacek Lepiarz/DW](#)

Von **Jacek Lepiarz**

„Als Historiker weiß ich, dass die These von der 1000-jährigen Feindschaft zwischen Polen und Deutschen nichts mit der Wahrheit zu tun hat“, sagt Professor Tomasz Szarota in einem Interview mit der DW.

Sie haben Ihren Vater, Raphael Marcelli Blueth, nie kennen gelernt. Er wurde im November 1939, wenige Wochen vor Ihrer Geburt, bei einer der ersten Massenerschießungen im besetzten Polen getötet. Ihre Mutter, Elida Maria Szarota-Bluehtowa, war im Pawiak-Gefängnis inhaftiert. Trotz dieser dramatischen Erlebnisse setzten Sie sich für die deutsch-polnische Aussöhnung ein. Wie ist es dazu gekommen?

Professor Tomasz Szarota: Dafür gab es viele Gründe. Der erste war sehr prosaisch: Meine Mutter wollte sich nicht mit der Vergangenheit beschäftigen, sie wollte nicht, dass ich im Hass auf die Deutschen aufwuchs. Sie war Germanistin, während der Okkupation brachte sie polnischen Kindern Deutsch anhand der Gedichte von Goethe und Heine bei, sie lehrte Respekt vor der deutschen Kultur. Schon damals trennte sie Sprache und Literatur von der Politik, vom Naziregime. Und in diesem Geist hat sie mich erzogen.

Was hat Ihre Einstellung noch beeinflusst?

Ich bin von Beruf Historiker und habe mich mit der jüngsten Geschichte beschäftigt. Als ich meine Doktorarbeit über die Nachkriegssituation in Niederschlesien schrieb, wurde mir klar, dass die Polen den Deutschen gegenüber nicht schuldlos sind, dass wir Gründe haben, wie die polnischen Bischöfe, die Deutschen um Vergebung zu bitten.

Was ist in Niederschlesien passiert?

Ich lernte Dokumente über die Vertreibung der Deutschen aus Polen kennen, über die Grenzkontrollen, denen sie ausgesetzt waren. Die polnischen Dienste behandelten diese Menschen schlecht. Frauen, auch

Kindern, wurden Zinnmedaillons ohne jeden materiellen Wert vom Hals entfernt. Das war eine Demütigung. Ich war schockiert und schämte mich.

Indem ich als Wissenschaftler Deutschland und die Deutschen allmählich kennengelernt habe, vor allem meine wissenschaftlichen Kollegen, habe ich gelernt, sie zu respektieren. Viele Historiker hatten den Mut, die Wahrheit über die deutsche Geschichte zu schreiben - ich nenne zum Beispiel Martin Broszat, Christoph Klessmann, Hans Henning Hahn, Jochen Boeller oder Andrej Angrick - aber es gibt noch viele mehr.

Ich habe auch persönliche Freundschaften mit Deutschen geschlossen - einer von ihnen war der Journalist Joachim Trenkner, Autor des Textes „Co komu przystoi“, der 2001 im Tygodnik Powszechny veröffentlicht wurde und in dem er darauf hinwies, dass jeder über den polnischen Antisemitismus schreiben kann, dass es aber für die Deutschen nicht angebracht ist, nach dem, was sie während des Krieges getan haben.

Hat Sie irgendeine Persönlichkeit aus Deutschland vor 1945 fasziniert? Ich glaube nicht, dass Hitlers Gegner allzu zahlreich waren....

Ein solcher guter Deutscher, der mich in meiner Überzeugung bestärkte, dass eine Einigung angestrebt werden sollte, war der Wehrmachtsoffizier Wilm Hosenfeld. Ich habe die Einleitung zur polnischen Ausgabe seines Tagebuchs und seiner Korrespondenz geschrieben. Hosenfeld kam 1940 als erklärter Nazi nach Warschau und wurde unter dem Einfluss dessen, was er im besetzten Polen sah, zu einem Gegner Hitlers.

Vor dem politischen Durchbruch von 1989 stellte die polnische Propaganda die Deutschen als Polens ewige Feinde dar.

Als Historiker weiß ich, dass die These von 1000 Jahren Feindschaft zwischen Polen und Deutschen nichts mit der Wahrheit zu tun hat. Es gab tragische Momente in unseren Beziehungen, die nicht vergessen werden dürfen, aber die polnisch-deutsche Grenze war über Jahrhunderte eine der friedlichsten in Europa.

Wie hartnäckig sind die Stereotypen des ewigen Feindes?

Jedes polnische Kind hat schon von Wanda gehört, die keinen Deutschen haben wollte. Aber wer hat schon von der Tochter von König Kasimir Jagiellon, Jadwiga, der Enkelin von Jagiello von Grunwald, gehört, die Prinz Georg von Bayern heiratete? Oder von Eliza Radziwill, der ersten Liebe des späteren deutschen Kaisers Wilhelm I.? Eliza ist die Anti-Wanda, über die in den 1930er Jahren ein Film mit Lida Baarova in der Hauptrolle gedreht wurde.

Sie waren an einer Reihe von wichtigen Projekten in Deutschland beteiligt, die darauf abzielen, den Deutschen die polnische Geschichte näherzubringen.

Ich war an der Gestaltung der zweisprachigen Ausstellung „Wir Berliner“ beteiligt, die die Rolle der Polen in der Geschichte dieser Stadt zeigt. Als Beraterin wirkte ich an der Gestaltung der Ausstellung „Deutsche und Polen. Abgründe und Hoffnungen“ zum 70. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs im Deutschen Historischen Museum in Berlin.

Sie haben sich nicht auf die wissenschaftliche Tätigkeit sensu stricto beschränkt, sondern sich auch in wichtigen, auch politisch kontroversen Debatten zu Wort gemeldet. Ein solches Thema, das die deutsch-polnischen Beziehungen über viele Jahre vergiftete, war der Streit um Erika Steinbachs Anti-Vertreibungszentrum.

Im Jahr 2009 wurde mir angeboten, in den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ einzutreten. Als jemand, dessen Vater von den Deutschen ermordet worden war, war meine Mitarbeit in diesem Gremium sehr wichtig, aber das haben die Deutschen nicht verstanden. Meine

Zustimmung war ein Signal, dass ich zur Versöhnung beitragen wollte. In Polen wurde ich deshalb von einigen als Verräter angesehen.

Schon bei der ersten Sitzung des wissenschaftlichen Beirats wurde mir jedoch klar, dass das Ziel des Projekts nicht die Versöhnung von Deutschen mit Polen war, sondern die Versöhnung von Deutschen, die Opfer der Vertreibung waren, mit ihren Landsleuten, die ihre „kleine Heimat“ nicht verloren hatten. Ich trat von der Teilnahme zurück, was für die deutsche Seite ein Schock war. Zu den wichtigsten Texten, in denen ich meine Entscheidung begründete, gehört ein Interview, das ich im Januar 2010 dem Wochenmagazin Der Spiegel gab und das den Titel „Vertreibung aus dem Leben“ trägt.

In einem Interview mit dem „Spiegel“, das in Deutschland großen Widerhall fand, warfen Sie den Deutschen vor, sich zunehmend nur noch als Opfer zu sehen.

Ich sprach von dem Dilemma, vor dem die Deutschen selbst stehen. Was ist wichtiger: die Vertreibung aus der „Heimat“ oder die Vertreibung aus dem Leben. Die Vertreibung der Deutschen im Mai oder Juni 1945 aus den Gebieten, die noch nicht an Polen angegliedert waren, war unrechtmäßig. Sie war furchtbar. Aber die Vertreibung aus dem Leben war Mord.

Seit einiger Zeit nimmt die antideutsche Stimmung in Polen zu, es werden Reparationsforderungen gestellt, 80 Jahre nach Kriegsende. Deutschland wird vorgeworfen, ein „Viertes Reich“ errichten zu wollen, um Polen erneut zu versklaven. War die Arbeit von Menschen wie Ihnen umsonst?

Um die „brüderliche DDR“ nicht zu irritieren, durfte man nach 1949 nicht über deutsche Verbrechen sprechen, sondern nur über „Nazi“-Verbrechen. Diese Einschränkung hat die Möglichkeit, über die polnische Tragödie und das polnische Leid zu sprechen, künstlich blockiert und erleichtert es nun dem rechten Flügel, aus diesem Thema politisches Kapital zu schlagen.

Wir wissen sehr wohl, dass es für Reparationen zu spät ist. Forderungen zu stellen ist ein reines politisches Spiel, um Wählerstimmen zu gewinnen. Die Angelegenheit liegt in den Händen kluger Politiker in beiden Ländern, die im deutschen Haushalt die Mittel finden sollten, um den letzten überlebenden Opfern der Besatzung ein würdiges Ende zu ermöglichen.

Kennen wir die genauen Verluste, die Polen erlitten hat?

Ich habe ein vom IPN eingesetztes Team geleitet, das die Verluste und die Zahl der Opfer ermitteln sollte. Für genaue Erkenntnisse ist es jetzt zu spät. Unsere Nachforschungen haben jedoch gezeigt, dass das Ausmaß der Repressionen viel größer war, als wir dachten. Der durchschnittliche Deutsche ist sich nicht bewusst, wie viele polnische Bürger verfolgt wurden, nur weil sie Polen waren.

Ihre Familie hat auch deutsche Wurzeln, Ihre Urgroßmutter hieß von Spitzbarth. Sie haben einmal erwähnt, dass Sie gerne ein Buch über den Einzug deutscher Familien ins Polentum schreiben würden. Wird ein solches Buch geschrieben werden?

Ich werde dieses Buch nicht mehr schreiben, aber ich denke, es sollte geschrieben werden. Dieser Prozess hatte nichts mit Polonisierung, Zwang oder Konvertierung zum Katholizismus zu tun. Der Eintritt ins Polentum erfolgte „con amore“, unter Wahrung der Identität, und war das Ergebnis einer Überlegung, dass das Polentum attraktiv ist.

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel nennen: Die Spitzbarths - Karl und Emma (geb. Stegemann) - waren im 19. Jahrhundert ein deutsches Ehepaar mit fünf Kindern - drei Söhnen und zwei Töchtern. Sie alle heirateten polnische Partner. Eine der Töchter, Marie von Spitzbarth, meine Urgroßmutter, heiratete den polnischen Ingenieur Emil Kalkowski, und ihre Tochter Eleonora Kalkowska hatte einen polnischen Mann, Marcelli Szarota, und war meine Großmutter.

Die Krönung des Prozesses des Eintritts ins Polentum ist die Hingabe des eigenen Lebens für das gewählte Land - die neue Heimat. Unter seinen fünf Kindern war Artur Otto Spitzbarth, ein bekannter Architekt. Sein Sohn Artur Jerzy Spitzbarth trat 1914 in Piłsudskis Legionen ein. 1939 kämpfte er als Reserveoffizier auf polnischer Seite, wurde nach Starobilsk geschickt und starb in Pjatychatky bei Charkiw durch die Hand des NKWD. Der Eintritt ins Polentum ist der Eintritt in das Schicksal einer Nation -- er wird auf Gedeih und Verderb ein Pole.

Prof. Tomasz Szarota (geboren am 2. Januar 1940) ist einer der bedeutendsten Wissenschaftler für die Geschichte des vom Dritten Reich besetzten Europas und der polnischen Widerstandsbewegung.

Ab 1962 arbeitete er am Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften, von 1991 bis 2010 leitete er das Labor für polnische Geschichte nach 1945 am IH PAN. Er schrieb u.a. das Buch „Okupowana Warszawy dzień powszedni“, das in Polen vier Auflagen erlebte und auch in Deutschland veröffentlicht wurde. Er ist der Autor von Publikationen über Stefan Starzyński und Stefan Rowecki „Grot“. Im Jahr 2025 veröffentlichte er ein Fluss-Interview „Stolz und Scham. Über die Geschichte und die Notwendigkeit, sich zu erinnern“.

Zsfg.: JP

<https://www.dw.com/pl/historyk-tomasz-szarota-trudna-droga-do-pojednania-z-niemcami/a-74315251>



Probier das mal. Jetzt sieht alles normal aus

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Ein Sieg, aber wessen? Die Koalition spricht die Sprache der Rechten, selbst wenn sie versucht, sich von ihr zu distanzieren



Quelle: wyborcza.pl

Von **Leszek Jażdżewski**

In der Politik heißt es, das Schlimmste sei, an die eigene Propaganda zu glauben. Das stimmt nicht. Das Schlimmste ist, an die Propaganda des Feindes zu glauben.

Die PiS hat die Macht abgegeben, doch in Wahrheit ist sie es, die weiterhin regiert. Gemeinsam mit der Konföderation hat sie die politische Agenda besetzt, auf die sich die gegenwärtige Regierung unbeholfen zu berufen versucht. Die Koalition spricht und denkt wie die Rechte, selbst dann, wenn sie sich scheinbar von ihr distanziert. Ein national-katholischer Schatten hat sich über die Köpfe gelegt und diktiert die Erzählung über Polen.

Diejenigen, die dank der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung am 15. Oktober die Macht übernommen haben, verhalten sich wie Eindringlinge auf fremdem Territorium. Als hätten sie an die PiS-Propaganda geglaubt, wonach sie eine äußere Macht, eine Elite von Kompradoren seien, im Grunde den Polen fremd. Als müssten sie sich legitimieren vor... ja, vor wem eigentlich? Ihren Gegnern? Deren Wählern?

Die Präsidentschaftswahlen, bei denen die Stimmen für kleinere rechte Kandidaten den Ausschlag für den Sieg von Karol Nawrocki gaben, wurden zum endgültigen Beweis dafür, dass der einzige Weg zum Erfolg in der „Konfoidalität“ liegt -- in dem Versuch, das laute Geschrei nachzuahmen, das sich gegen

Ausgewogenheit, Rationalität und eine eindeutig proeuropäische Ausrichtung richtet. Gegen all das also, was die Stärke Polens in den vergangenen dreißig Jahren aufgebaut hat.

Es ist fast so, als hätte es den 15. Oktober überhaupt nie gegeben, als wäre die Macht völlig zufällig in die Hände der jetzigen Koalition gelangt. Als wären sie gezwungen, ein vom Feind besetztes Territorium zu verwalten. Als würden sie uns gar nicht wahrnehmen. Als gäbe es uns nicht.

Noch immer ist die PiS der Bezugspunkt für die Regierenden. Und in letzter Zeit -- in noch größerem Maße -- die Konföderation. Allerdings nicht auf die Weise, die man erwarten würde. Nicht durch den Aufbau einer ideologischen Polarisierung, sondern durch eine Strategie der Mimikry, durch die Übernahme von Projekten und einer Sprache, die denjenigen Formationen, die sich angeblich an offene und aufstrebende Menschen richten, von Grund auf fremd sind.

Die Niederlage Rafał Trzaskowskis war unterdessen keine Pleite einer liberalen Strategie -- denn eine solche wurde nie wirklich versucht. Es war das Scheitern einer unkoordinierten Macht, die ihre rechten Gegner unbeholfen nachahmt -- und sie damit nur noch stärker macht.

Nationalismus aus dem Bąkiewicz-Lehrbuch

Unabhängig von politischen Turbulenzen war die Ausrichtung unseres Kurses während eines Vierteljahrhunderts der Transformation eindeutig: nach Westen. Seit einem Jahrzehnt beginnt jedoch eine Sprache zu dominieren, die in Toleranz, Offenheit und Zusammenarbeit vor allem eine Bedrohung sieht. Ein primitiver Impuls schließt alles aus, was nicht als „das Eigene“ anerkannt wird -- und dies ist eine rein politische Entscheidung. „Das Eigene“ ist dabei das, was es erlaubt, die Gemeinschaft bequem zu kontrollieren, indem ihr die Begriffe und Überzeugungen der fundamentalistischsten Minderheit aufgezwungen werden.

Das Blutopfer, das polnische Helden dem Vaterland gebracht haben, wird zum Werkzeug gesellschaftlicher Kontrolle. Die christliche Religion der Barmherzigkeit wird zu einem bequemen Mittel, Fremde zu brandmarken. Wenn sie sich statt mit patriotischen Phrasen tatsächlich um die polnische Souveränität kümmern würden, würden sie mit aller Kraft darauf hinarbeiten, den empfindlichen Mechanismus der Zusammenarbeit und der Interessenkonfliktlösung durch Verhandlungen zu erhalten, den die Europäische Union bietet -- ein einzigartiges Gebilde in der Geschichte nicht nur unseres Kontinents.

Wenn wir Polen auf den Nationalismus aus dem Bąkiewicz-Lehrbuch reduzieren, wäre es tatsächlich vielleicht besser, es den drahtigen Jungs zu überlassen, die zwischenzeitlich ihre Sturmhauben gegen Anzüge getauscht haben, es mal mit der Sichel, mal mit dem Hammer zu gestalten. Ich denke, es gibt keinen größeren Akt nationalen Verrats und Oikophobie -- also der Abneigung gegenüber der eigenen Kultur -- als diese Karikatur von Polnischsein als maßgeblich anzuerkennen.

Abschreiben aus dem Wörterbuch anderer

Feigheit mag kurzfristige Vorteile bringen, aber sie wird niemals ein Weg sein, gesellschaftlichen Respekt zu gewinnen. Diejenigen, bei denen die Regierenden versuchen, sich einzuschmeicheln -- mit ihrer Sprache gegenüber Migranten, ihrer Politik gegenüber Deutschland, ihrem „Antibanderismus“ und der Ehrung der „verfemten Soldaten“, ihrem unglaublichen Euroskeptizismus, ihrer „Vorsicht“ in Fragen der Menschenrechte und der grundlegenden Gesundheitsbildung -- verachten sie und lachen sie aus mit der Faust.

Die Rechte schlägt auf die Regierenden ein wie auf eine Trommel, denn solange diese deren Spiel mitspielen, werden sie immer überboten. Populistische Politik kennt insbesondere in der Opposition keine Grenzen -- weder reale noch moralische.

Ohne eine Sprache der Werte, die ein anderes Verständnis von Polentum -- das, was uns als nationale und bürgerliche Schicksalsgemeinschaft verbindet -- anbietet, sind wir dazu verdammt, aus dem Wörterbuch anderer abzuschreiben. Aus einem Wörterbuch, das in der Geschichte dieses Landes nur das Vergessen verdient. Ohne das Angebot einer ethischen Ordnung als Alternative zum populistischen Nationalismus ist nicht daran zu denken, ein alternatives Zentrum politischer Macht zu schaffen.

Man kann verlieren, aber man muss den Kampf aufnehmen

Man kann die Dienste, das Militär und die Finanzen kontrollieren -- aber dennoch nicht regieren. Man kann Entscheidungen treffen -- aber dennoch nicht die eigenen. Man kann Premierminister sein -- und doch nur ein Schatten des Gegners.

Die größte Niederlage der gegenwärtigen Regierung besteht nicht darin, dass sie die Präsidentschaftswahlen verloren hat. Demokratie ist ein ständiges Üben darin, Niederlagen hinzunehmen, trotz allem geht das Leben weiter in seinem eigenen Rhythmus.

Die größte Niederlage dieser Regierung ist, dass sie nicht einmal den Kampf aufgenommen hat.

Und das ist unverzeihlich.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7.75968.32325841.zwyciestwo-ale-czyje-koalicja-mowi-jezykiem-prawicy-nawet.html#s=S.TD-K.C-B.1-L.2.duzy>

Zwei Jahre vor den Wahlen und bis zu den Wahlen. „Die Koalition wartet auf ein Wunder“



Quelle: [Interia](#)

Von **Łukasz Szpyrka**

Zwei Jahre nach den Parlamentswahlen sind die Bewertungen der Regierungskoalition nicht gerade optimistisch für sie. Wenn sich nichts ändert, wird das Kabinett von Donald Tusk in zwei Jahren nicht mehr an der Macht sein. „Es sieht so aus, als würde die Koalition auf ein Wunder warten“, sagt Dr. Jacek Sokołowski gegenüber Interia. „Bis dahin sind es noch zwei Jahre, es kann noch viel passieren“, fügt Dr. Bartłomiej Biskup hinzu.

„Wir tun, wir reden nicht“ ist der neue Slogan der Regierungskoalition, der von **Premierminister Donald Tusk** und anderen Politikern an der Macht leidenschaftlich wiederholt wird. Das Problem ist, dass selbst wenn die Regierenden ihre Versprechen tatsächlich „umsetzen“ und „einhalten“, die Wähler dies nicht bemerken oder spüren.

Die Polen sind einfach enttäuscht von der Leistung der Regierung von Donald Tusk. Das geht aus verschiedenen Umfragen hervor, die wir in einem Interia-Text zitiert haben. Die Umfrage zur Zukunft ist aufschlussreich: 74 Prozent der Polen glauben, dass die Regierung von Donald Tusk ihre eigenen Wahlversprechen nicht einhalten wird.

Gleichzeitig gewinnt der rechte Flügel an Stärke. Obwohl die Bürgerliche Koalition in den Umfragen immer noch an erster Stelle steht, folgen ihr die PiS, die Konfederacja und die Konfederacja Korony Polskiej. Die Koalitionspartner der KO, d. h. die Linke, die PSL und Polen 2050, haben sich eine ernsthafte Atempause verschafft. All dies macht die Aussichten vor den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2027 zumindest für die Regierungskoalition nicht gerade rosig.

Wahl 2027: Wird die Koalition an der Macht bleiben?

„Die Situation für das Machtlager ist schwierig. Die Koalition selbst ist stabil, aber aus dem Sejm kommen nur wenige Leuchtturmprojekte“, sagt der Politikwissenschaftler von der Universität Warschau

Dr. Bartłomiej Biskup gegenüber Interia. „Es gibt Elemente interner Uneinigkeit. Der Präsident gehört zu einem anderen Lager, und deshalb tritt er manchmal auf die Bremse. Die Lage des Polens 2050 ist heute schlecht. **Die Wahl- und Stabilisierungsaussichten sind nicht gerade rosig. Aber andererseits hat die Koalition eine stabile Mehrheit.** Es gibt also einen Anreiz, etwas zu unternehmen. Nach diesen zwei doch recht schwierigen Jahren“, fügt er hinzu.

Warum aber versucht die Koalition nicht, die Dinge zu beschleunigen? Bisher haben die Politiker des Machtlagers argumentiert, dass die „Bremse“ des Wandels **Andrzej Duda** im Präsidentenpalast ist. Nur, dass sich aus Sicht der Koalition nicht viel geändert hat, da Duda durch **Karol Nawrocki** ersetzt worden ist. Eine Beschleunigung mit einem sympathischen Präsidenten wird es ohnehin nicht geben, aber man kann versuchen, gute Ideen durchzusetzen. Worauf wartet die Koalition also noch?

„Sie wartet auf ein Wunder“, sagt **Dr. Jacek Sokołowski** von der Jagiellonen-Universität in Krakau gegenüber Interia. „Wenn ich mich recht erinnere, sind 65 Prozent der PO-Wähler von ihrem Handeln enttäuscht. Der Dritte Weg ist praktisch nicht existent. Die Linke ist am Ende ihrer Existenz angelangt. Die Umfragen für die PO sind relativ stabil, aber es gibt kaum Aussichten auf eine Wiederholung von 2023. Zusammengefasst: **Die PO mag bis 2027 30 Prozent der Stimmen behalten, aber mit einem solchen Ergebnis hat sie keine Chance, an der Macht zu bleiben**“, macht der Interia-Interviewpartner keinen Hehl daraus.

Wie die Macht erhalten? Die Konfederacja als Retterin?

Die einzige Möglichkeit, bei den heutigen Umfrageergebnissen an der Macht zu bleiben, wäre eine Koalition mit der Konfederacja, aber er fügt hinzu, dass eine solche Option höchst unwahrscheinlich ist.

„Es wird nicht einmal der Versuch unternommen, das Vorhandene effizient zu verwalten. Von Veränderung kann keine Rede sein, weil die Präsidentschaftswahlen von **Karol Nawrocki** gewonnen wurden. Seit die PO an der Macht ist, redet sie im Grunde nur noch mit ihrem harten Kern von Wählern. Und jetzt tut sie es noch stärker, denn so ist die Ablösung von **Adam Bodnar durch Waldemar Żurek** zu verstehen“, betont Dr. Sokołowski.

Der Name Waldemar Żurek ist heute einer der heißesten in der polnischen Politik. Der Justizminister weckt Emotionen - extreme Emotionen, da er von den Anhängern des Machtlagers gelobt und von seinen Gegnern scharf kritisiert wird. Er ist jedoch keineswegs fade.

„Nur wird dabei nichts herauskommen. Es wird mehr Chaos und mehr mangelnde Effizienz geben. Die radikale Wählerschaft freut sich, dass Żurek ‚jemanden vermöbelt‘, aber der Tee wird durch das Umrühren nicht süßer werden. Abgesehen von den Radikalen werden alle anderen eher bestürzt sein, denn die Gerichte werden noch langsamer arbeiten, und in einem Moment wird man nicht wissen, ob das gefällte Urteil gültig ist“, fügt Dr. Sokolowski, Jurist und Politikwissenschaftler, hinzu.

Tusk und sonst niemand. Die Koalition leidet unter einem Mangel an markanten Figuren

Dr. Biskup weist auch darauf hin, dass es in der Regierung von Donald Tusk an markanten Persönlichkeiten fehlt. Seiner Meinung nach reicht der Premierminister allein nicht aus, um die Last der potenziellen Herausforderungen zu tragen.

„Anstatt zu weinen, soll man weiter versuchen. Gesetze einführen, mit Politikern und Führungskräften spielen, mittlere Gruppierungen stärken. Zeigen, dass es ein Team mit starken Namen außerhalb des Premierministers gibt“, argumentiert Dr. Biskup. Und er erwähnt: Radosław Sikorski, Rafał Trzaskowski, Władysław Kosiniak-Kamysz, Magdalena Bieja, Agnieszka Dziemianowicz-Bąk und Szymon Hołownia.

„Es ist notwendig zu suchen und zu zeigen, dass die Koalition nicht nur einen starken Anführer im Angesicht der Gefahr hat, sondern auch ein starkes Team direkt hinter ihm. Und dieses Team sollte Mitverantwortung übernehmen, woran es heute etwas mangelt“, betont der Interia-Befragte.

Dr. Biskup sieht jedoch auch die positiven Aspekte. Er argumentiert, dass sich die Regierung mit einer Sicherheitsagenda wiedergefunden hat und daher etwas rechter geworden ist. Seiner Ansicht nach spricht sie jetzt an vielen Stellen die Sprache der PiS und reagiert auf die Herausforderungen der Gegenwart, was keineswegs die einfachste Wendung in der Politik ist. Es gibt jedoch zwei große Probleme, mit denen er sich schwertun wird, das sind Haushaltsfragen und Fragen der Rechtsstaatlichkeit.

„Für heute sieht es nicht sehr gut aus. Es gibt jedoch verschiedene Optionen und Ideen, z. B. den Wechsel des Premierministers, die Nutzung oder Aufgabe des Images von Rafał Trzaskowski, die Kontaktaufnahme mit anderen Politikern, das Spiel mit Sicherheitsfragen. Für heute sind das keine guten Aussichten, denn die Bewertungen der Regierung sind schlecht. Aber bis dahin sind es noch zwei Jahre, es kann noch viel passieren“, meint Dr. Biskup.

Die Aussicht auf eine Wahl 2027. Kann ein Wechsel des Premierministers helfen?

Könnte ein Wechsel des Premierministers die Umfragewerte der Regierungskoalition wirklich verbessern? Das hängt wahrscheinlich davon ab, wer Tusk ersetzen würde. Der Name, der am häufigsten genannt wird, ist Vizepremierminister Radosław Sikorski, der bei den Wählern der Mitte und des rechten Flügels besser ankommen würde. Nur würde ein solcher Wechsel ein Signal an die Konfederacja senden, dass die PO eine künftige Regierung mit ihr zusammen bilden möchte?

„Ich glaube nicht, dass irgendjemand von der Opposition diese Regierung nach dem Wechsel des Premierministers wohlwollender betrachten wird. Das ist nicht sinnvoll. Es liegt im Interesse der gesamten Opposition, dass sich die Koalition mehr und mehr verschanzt und ermüdet“, stellt Dr. Sokolowski fest.

„Bei Betrachtung der derzeitigen Lage scheint es keine Bewegung seitens der Regierungskoalition zu geben. Es ist jedoch unmöglich, die Zukunft und unerwartete Ereignisse wie z. B. einen Krieg vorherzusagen. Die Lage der PO ist schwierig, und die PO verliert derzeit an Macht. Es ist nicht auszuschließen, dass es einige starke Unruhen geben wird, die ihr helfen. Allerdings müsste es sich dabei um Ereignisse aus einer Kategorie handeln, auf die sich eine rationale Vorhersage nur schwer stützen lässt“, argumentiert der Wissenschaftler der Jagiellonen-Universität.

Zsfg.: JP

<https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-dwa-lata-od-wyborow-i-do-wyborow-koalicja-czeka-na-cud.nld.22431502>

Donald Trump kämpft um Frieden. Wieder ohne Polen



Quelle: interia.pl

Von **Jarosław Kuisz**

Zum Gespräch in Ägypten wurde der ungarische Premierminister eingeladen. Aber niemand aus Polen. Wenn irgendeiner unserer Politiker noch glaubt, dass die Polarisierung die Position unseres Landes in der Welt stärkt, sollte er einen sehr langen Urlaub nehmen. Und tief durchatmen. Vielleicht gerade in dem Kurort Scharm el-Scheich, dorthin, wo kein polnischer Politiker eingeladen wurde?

Die Bemühungen von Präsident Donald Trump um den Friedensnobelpreis nehmen mitunter groteske Züge an. In Anwesenheit von Journalisten zählt er ganze Listen von Abkommen zwischen Ländern auf, die er, seiner Darstellung nach, vor dem Krieg gerettet hat. Gleichzeitig wäre er nicht er selbst, wenn er dabei nicht ihre Namen durcheinanderbrächte.

Kürzlich, als er sich damit brüstete, Frieden zu stiften, verwechselte er Armenien mit Albanien. Ein Fehler kann jedem passieren. Doch aus dem Zusammenhang seiner Äußerung wurde nicht ganz klar, ob der US-Präsident überhaupt weiß, wo diese Länder auf dem Globus zu finden sind.

Friedenszirkus

Nichtsdestotrotz hat der Druck aus Washington nun zu einem Waffenstillstand im Gazastreifen geführt. Der Schusswechsel ist verstummt. Die Hamas hat die restlichen israelischen Geiseln freigelassen, die am 7. Oktober 2023 entführt worden waren. Israel wiederum hat sich bereit erklärt, palästinensische Gefangene freizulassen. Präsident Donald Trump wurde in der Knesset wie ein König empfangen. Wie man es auch drehen mag, ihm gelang, was weder Präsident Joe Biden noch der kampflustige israelische Premierminister Benjamin Netanjahu zuvor erreicht hatten. Das Töten hat aufgehört. Die humanitäre Hilfe für Gaza wurde wieder aufgenommen.

Natürlich gilt weiterhin: „The show must go on“. Als es Zeit für diplomatische Gespräche in Ägypten wurde, übrigens an einem Ort, der polnischen Touristen wohlbekannt ist, zeigte Donald Trump, wer hier das Sagen hat.

Im Badeort Scharm el-Scheich wurde ein internationaler Gipfel einberufen, um vor laufenden Kameras ein Abkommen zu unterzeichnen. Die Zeiten stiller Diplomatie sind vorbei. Außerdem wurde demonstriert, wer in der heutigen Welt wirklich zählt. Deutlich war zu sehen, wie die USA die Europäische Union an den Rand drängen. Bundeskanzler und französischer Präsident sollen dem Vernehmen nach auf Einladung Ägyptens gekommen sein, nicht auf die der Trump-Administration.

Friedenspessimismus

Jeder, der mit den politischen Realitäten des Nahen Ostens vertraut ist, weiß genau, dass die Chancen auf einen dauerhaften Frieden gering sind. Das Gedächtnis der erlittenen Schläge ist tief. Traumatische Familiengeschichten vermischen sich mit der großen Politik.

Von der großen Chance auf einen stabilen Frieden, die die Osloer Abkommen von 1993 einst boten, ist nur eine ferne Erinnerung geblieben. Wie damals gibt es auch heute mehr als eine Seite, die an Krieg und Vergeltung interessiert ist.

Niemand weiß, warum die Hamas tatsächlich bereit sein sollte, sich zu entwaffnen, schließlich ist das der eigentliche Daseinszweck dieser Organisation. Ebenso wenig ist klar, warum der israelische Premierminister bereit sein sollte, zurückzutreten. Doch genau das könnte eine der Nebenwirkungen eines beendeten offenen Konflikts sein. Sicher ist nur: Benjamin Netanjahu hat keine Lust auf Strafprozesse -- vor deren möglichem Schatten Donald Trump übrigens auch in der Knesset sprach.

Ein zweiter Grund für Skepsis ist die sprunghafte Politik der USA. Der Trumpismus an der Macht hat uns daran gewöhnt, dass er die Aufmerksamkeit der Welt auf sich ziehen kann, doch nach den medialen Spektakeln bleibt meist wenig zurück. Erst kürzlich hielt Trump bombastische Reden an den Kreml, mal lobte er, mal tadelte er und versprach, der Frieden werde im Handumdrehen geschlossen. Nichts davon ist geschehen. In der Praxis blieb von den Auftritten vor den Kameras kaum etwas übrig. Nun ja, abgesehen davon, dass uns vom Gipfel in Alaska das Lächeln Putins in Erinnerung blieb, und die Tatsache, dass die russischen Angriffe auf die Ukraine nur noch intensiver wurden.

Trumpismus ohne Polen

Präsidenten, Premierminister, der Generalsekretär der Vereinten Nationen ... Das politische Gipfeltreffen im Badeort war wahrlich beeindruckend. Doch das an den „Katzentisch“ gesetzte Europa, ist eines von vielen beunruhigenden Signalen, die aus Ägypten gesendet wurden. Was gilt es noch festzuhalten?

Nun, nach Ägypten wurde niemand aus Polen eingeladen. Der Präsidentenpalast versichert uns der großen Freundschaft mit Donald Trump. Die Propaganda der transatlantischen Liebe ergießt sich über uns wie eine vormittägliche Fernsehserie. Kościuszko, Pułaski, Nawrocki ... meinetwegen. Hoffen wir, dass diese Bande im Sinne der polnischen Staatsräson tatsächlich bestehen, und dass der Wille zu helfen ebenso real ist, wenn russische Drohnen auf Polen zufliegen.

Derweil aber wurde weder der Präsident noch der Premierminister noch der Außenminister - niemand aus der Regierung! - zu den Gesprächen über die Zukunft der Welt eingeladen. Man könnte sagen: nun gut, der Nahe Osten liegt schließlich nicht direkt an unseren Grenzen. Man könnte achselzuckend darüber hinwegsehen, wäre da nicht die Tatsache, dass der ungarische Premierminister Viktor Orbán eingeladen worden war.

Ein Land, das in der NATO weit weniger Gewicht hat und Sympathien für Putins Politik zeigt, wurde also mit einer Einladung bedacht. Nur, um sich zu zeigen. Konkretes Ergebnis: keines. Alle Beteuerungen der ewigen Freundschaft zwischen Präsident Nawrocki und Präsident Trump gehören vorerst ins Reich der Märchen für die Landsleute.

Das Gerede von der polnisch-amerikanischen Liebe führt im Jahr 2025 zu nichts Greifbarem, außer zu der Blindheit, die einseitige Gefühle begleiten, wie es in Polen der Fall ist. Es ist schlicht ein weiteres Kapitel in dem Buch unserer nationalen Polarisierung, eine Lektüre von besonders betäubender Wirkung.

Denn theoretisch reden alle unsere Politiker von der Größe unseres Landes und davon, im ersten Rang der globalen Entscheidungsträger zu sitzen. In der Praxis aber bewirken ihre Handlungen, von außen betrachtet kinderleicht zu durchschauen und zu steuern, nur eines: Sie drängen uns an den Rand. Und nicht etwa in die dritte Reihe, sondern gleich ganz hinaus aus den Räumen, in denen die Welt zusammentrifft, so wie diesmal.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-donald-trump-walczy-o-pokoj-znow-bez-polski.nld.22431136>

Aus dem Präsidentenpalast kam ein klares ‚Nein‘ zum Windkraftgesetz. Wie geht es weiter mit den Energiepreisen?



Quelle: oko.press

Von **Anna Mierzyńska**

Am 14. Oktober findet vor dem Bezirksgericht Praga-Południe in Warschau eine Anhörung statt, in der der erste Strafprozess gegen Grzegorz Braun eröffnet wird. Der Politiker soll unter anderem wegen eines aufsehenerregenden Vorfalls mit einem Feuerlöscher im Sejm angeklagt werden. Gegen Braun sind noch weitere Verfahren anhängig.

Der Europaabgeordnete Grzegorz Braun, Vorsitzender der Gruppierung Konfederacja Korony Polskiej, wird endlich vor Gericht stehen. Für den 14. Oktober ist eine erste Anhörung vor Gericht angesetzt, bei der organisatorische und beweisrechtliche Fragen geklärt werden sollen. Braun wird also noch keine Anklage hören. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch bekannt gegeben, dass sie sieben Anklagepunkte gegen den Politiker erhoben hat, die im Zusammenhang mit den Ereignissen von 2022-2023 stehen. Die frühesten beziehen sich auf einen Vorfall am 1. März 2022 im Nationalen Institut für Kardiologie in Warschau. Braun drang dort, wie er behauptete, mit einer Abgeordnetenintervention ein und griff den Direktor des Instituts, den ehemaligen Gesundheitsminister Lukasz Szumowski, an. Die Ermittler stellten fest, dass der Politiker die persönliche Integrität Szumowskis verletzte und körperliche Gewalt gegen ihn ausübte, indem er ihn herumstieß und ihm den Weg versperrte. Zugleich verleumdete er Szumowski öffentlich. Die gesamte Veranstaltung wurde sogar live im Internet übertragen. Und während der Übertragung behauptete Grzegorz Braun, Szumowski habe unter Alkoholeinfluss gearbeitet - was nicht stimmte. Die Höchststrafe für solche Straftaten beträgt drei Jahre Haft.

Weitere Vorwürfe beziehen sich auf einen Vorfall während eines Vortrags von Professor Jan Grabowski über den Holocaust. Die Vorlesung fand am 30. Mai 2023 im Deutschen Historischen Institut in Warschau

statt. Braun unterbrach die Vorlesung, betrat das Podium und weigerte sich, es zu verlassen, und beschädigte außerdem die Tonanlage und den Laptop-Bildschirm, so dass die Vorlesung nicht fortgesetzt werden konnte. Die Ermittler beziffern den Schaden auf 2.500 PLN. Sie beschuldigen den Politiker der Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs.

Er beleidigte religiöse Gefühle

Die beiden schwerwiegendsten Anschuldigungen betreffen einen viel beachteten Vorfall im Sejm am 12. Dezember 2023. Zur Erinnerung: Die offizielle Feier des jüdischen Chanukka-Festes fand im Sejm-Saal statt. Traditionell werden dann im Sejm die Kerzen auf dem Chanukka-Leuchter angezündet. Vor zwei Jahren unterbrach der Abgeordnete Grzegorz Braun diese Feier. Er schnappte sich einen Feuerlöscher im Saal und löschte damit die Kerzen, wobei er überall Pulver versprühte. Eine Frau, eine Ärztin, mischte sich ein und versuchte, die Aktion des Politikers zu verhindern. Daraufhin richtete Braun einen Strahl aus einem Feuerlöscher auf sie. Außerdem rief er ihr zu: „Leute wie Sie sind eine Schande, Sie haben hier nichts zu suchen.“ Die Frau, die an Asthma leidet, wurde ins Krankenhaus gebracht.

Die Staatsanwaltschaft kam zu dem Schluss, dass Brauns Verhalten eine öffentliche Beleidigung eines Objekts religiöser Verehrung und eine böswillige Behinderung der öffentlichen Ausübung einer religiösen Handlung darstellte und somit die religiösen Gefühle der Anhänger des Judentums verletzte. Dies wird mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet. Dies ist der schwerwiegendste der gegen Braun in diesem Verfahren erhobenen Vorwürfe, da das Strafgesetzbuch für diese Tat keine andere Strafe als eine Freiheitsstrafe vorsieht. Bei den zuvor beschriebenen Taten ist die Freiheitsstrafe die Höchststrafe, das Gericht kann aber auch eine Geldstrafe oder eine Freiheitsbeschränkung verhängen.

Für den Angriff auf eine Frau, d. h. die Verletzung ihrer persönlichen Integrität und ihre leichte Verletzung im Krankenhaus, muss der Politiker mit einer Geldstrafe, einer Sperrfrist oder einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren rechnen.

Braun ist es egal?

Zu diesen Taten kam eine weitere hinzu. Nun, im Januar 2023 zerstörte Grzegorz Braun in Krakau einen Weihnachtsbaum, der im Gebäude des Landgerichts stand. Ihm gefielen die Kugeln nicht, die die Solidarität Polens mit der von Russland angegriffenen Ukraine zum Ausdruck brachten. Also nahm er den Baum und warf ihn in einen Mülleimer vor dem Gericht. Der Wert des zerstörten Baumes und der darauf befindlichen handgefertigten Kugeln betrug 1.400 PLN. Braun muss sich nun wegen Zerstörung von Eigentum verantworten.

Aus dem Verhalten von Grzegorz Braun geht jedoch nicht hervor, dass er sich Sorgen um den Prozess macht. Er setzt seine Aktivitäten fort und organisiert Märsche und Versammlungen im ganzen Land. Seine Äußerungen sind weiterhin radikal. Zum Beispiel sagte er am 3. Oktober in Toruń Folgendes über Juden: „Wir haben es mit Menschen zu tun, die uns als Untermenschen betrachten. Und zu was sie fähig sind, das zeigen sie der Welt. Und deshalb sind ihre Riten, ihre finsternen talmudischen Rituale und ihre grässlichen Holocaust-Erzählungen nicht akzeptabel. Wir zählen unsere Toten, die vorzeitig Ermordeten (...). Der Welt wurde gesagt, dass von der ganzen Geschichte des Zweiten Weltkriegs nur der Holocaust und die Gaskammern zählen. Der Rest spielt keine Rolle“.

19 mögliche Straftaten

Der Prozess, der im Oktober beginnt, ist nur ein Teil der juristischen Probleme Brauns. In allen Fällen, in die der Politiker verwickelt ist, geht es um nicht weniger als neunzehn mögliche Straftaten. Die Ermittlungen der zweiten Staatsanwaltschaft beziehen sich hauptsächlich auf den Überfall auf ein Krankenhaus in Oleśnica und den Angriff auf die Ärztin Gizela Jagielska (Braun nannte es eine „Bürgerfestnahme“). Die

Ermittler prüfen, ob es sich um Hausfriedensbruch, versuchte Freiheitsberaubung, Verletzung der körperlichen Unversehrtheit und Verleumdung von Gizela Jagielska durch einen Politiker handelt.

Ein weiterer Vorfall wurde zu diesem Verfahren hinzugefügt. Er betrifft Brauns YouTube-Interview, in dem der Politiker unter anderem über einen parlamentarischen Vorfall während der Chanukka-Feierlichkeiten sprach. Der Abgeordnete forderte daraufhin andere auf, sich ähnlich zu verhalten.

Und er nannte das Chanukka-Fest selbst „eine Manifestation eines satanischen und rassistischen Festes, das eine Bedrohung für die polnischen Katholiken darstellt“. Die Staatsanwaltschaft will ihn wegen öffentlicher Aufstachelung zum Hass auf Grund religiöser Unterschiede und Beleidigung religiöser Gefühle anklagen.

Die Ermittler untersuchen auch die Zerstörung von zehn LGBT-Plakaten durch den Politiker. Braun hatte mit schwarzer Farbe die Aufschrift „Stoppt die Propaganda von Perversionen“ auf die Plakate gemalt. Der Vorfall ereignete sich am 18. März in Opole. Wir erinnern uns, dass der Politiker im Juni eine weitere Ausstellung über LGBT-Personen zerstörte. Diesmal war sie im Sejm zu sehen.

Er verbreitet die Auschwitz-Lüge

Damit ein Politiker wegen dieser Vorfälle angeklagt werden kann, ist eine weitere Aufhebung seiner Immunität durch das Europäische Parlament erforderlich - denn Grzegorz Braun ist ein Mitglied des Europäischen Parlaments. Ein solches Verfahren wird für jedes Verfahren gesondert durchgeführt. Das Warten auf die Entscheidung des EP dauert mindestens mehrere Monate, so dass sich die Ermittlungen gegen Braun in die Länge ziehen. Dies gilt auch für die jüngste laufende Untersuchung. Diesmal geht es um die öffentliche Verbreitung der Auschwitz-Lüge durch Grzegorz Braun.

Im Juli erklärte der Politiker in einer Sendung des Radiosenders „Wnet“: „Ritualmord ist eine Tatsache, und sagen wir mal, Auschwitz mit seinen Gaskammern ist leider eine Fälschung. Und wer darüber spricht, dem werden furchtbare Dinge vorgeworfen, der wird gemieden“. Nach diesen Worten unterbrach ein Journalist den Abgeordneten. Braun wiederholte eine ähnliche Aussage am 14. Juli 2025 in der Sendung „Jan Pospieszalski talks“ auf YouTube.

Die Abgeordneten werden abstimmen

Der Fall wird von der Ermittlungsabteilung des Instituts für Nationales Gedenken untersucht. Die IPN-Staatsanwälte stellten fest, dass Brauns Aussagen gegen das Gesetz verstoßen. Das IPN-Gesetz enthält nämlich eine Bestimmung, die besagt: „Wer öffentlich und entgegen den Tatsachen (Nazi-)Verbrechen leugnet, wird mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft“. Das Urteil in solchen Fällen wird laut Gesetz öffentlich bekannt gegeben.

Im Zusammenhang mit dieser Untersuchung hat Justizminister Waldemar Żurek Anfang September beim Europäischen Parlament einen weiteren - den vierten - Antrag auf Aufhebung der Immunität von Grzegorz Braun gestellt. Vor einigen Tagen hat die Präsidentin des EP, Roberta Metsola, den Antrag an den Rechtsausschuss weitergeleitet. Auf der Grundlage ihres Berichts werden die Abgeordneten erneut über die Aufhebung der Immunität des polnischen Politikers abstimmen. Das Datum der Abstimmung ist derzeit noch nicht bekannt.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/grzegorz-braun-wreszcie-przed-sadem-siedem-zarutow>

„Banderismus“ frei nach Nawrocki, also ein allgemeiner Kampf, aber man weiß nicht, gegen was



Quelle: oko.press

Von **Anna Wójcik**

Präsident Karol Nawrocki, der ehemalige Leiter des Instituts für Nationales Gedenken (IPN), stellte am 29. September 2025 einen Entwurf zur Novellierung des IPN-Gesetzes vor. Damit will er gegen die „Wolhynien-Lüge“ und die Verbreitung der „Ideologie des Banderismus“ in Polen vorgehen. Der Vorschlag ist nahezu identisch mit dem Gesetzentwurf der PiS vom Dezember 2024, den der Sejm im September mit den Stimmen der Regierungskoalition und von Sławomir Mentzen (Konföderation) abgelehnt hatte.

Es ist ein weiterer Versuch, mithilfe des Strafrechts alles zu verfolgen, was die Rechte gerade empört. Die Geschichte solcher Ideen ist lang, wir erzählen sie gleich, doch zuerst: Was steht eigentlich in dem Entwurf?

Rezept für das IPN

Der präsidentiale Gesetzentwurf sieht eine Erweiterung des Mandats des Instituts für Nationales Gedenken (IPN) vor: Das Institut soll künftig auch „Verbrechen von Mitgliedern und Mitarbeitern der Organisation Ukrainischer Nationalisten (Bandera-Fraktion) und der Ukrainischen Aufstandsarmee sowie anderer ukrainischer Formationen, die mit dem Dritten Reich kollaborierten“, dokumentieren und verfolgen.

Das Leugnen oder Verharmlosen solcher Verbrechen wäre nach Artikel 55 des IPN-Gesetzes verboten, der die Leugnung historischer Verbrechen untersagt. Bereits jetzt umfasst das Mandat des IPN und das Verbot der Leugnung „Verbrechen von Mitgliedern ukrainischer Formationen, die mit dem Dritten Reich kollaborierten“. Der neue Entwurf würde diesen Geltungsbereich erweitern und präzisieren.

Polen erkennt das Massaker von Wolhynien offiziell als Völkermord an. Aus völkerrechtlicher Sicht hat diese Einstufung jedoch keine rechtlichen Folgen, denn das Massaker ereignete sich in den Jahren 1943-45, während der Tatbestand des Völkermords erst 1948 in die UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes aufgenommen und 1951 rechtskräftig wurde. Sie gilt nicht rückwirkend für frühere Ereignisse.

Dennoch ist die öffentliche Benennung dieses Verbrechens, über das in Polen jahrzehntelang kaum offiziell gesprochen wurde, längst erfolgt. Der Sejm hat das Wolhynien-Massaker in mehreren Resolutionen als Völkermord bezeichnet. 2016 erklärte er den 11. Juli zum „Nationalen Gedenktag der Opfer des von ukrainischen Nationalisten an den Bürgern der Zweiten Polnischen Republik begangenen Völkermords“.

Im Juni dieses Jahres erhob der Sejm diesen Tag zum staatlichen Feiertag: dem „Nationalen Gedenktag an die Polen, die Opfer des von der OUN-UPA in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik begangenen Völkermords wurden“. Den Gesetzesentwurf dazu reichten Abgeordnete der PSL ein, vertreten durch Piotr Zgorzelski.

„Banderismus“ im Nawrocki-Gesetz

Offiziell soll die präsidentielle Novellierung des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken (IPN) dem „Entgegenwirken der Verbreitung falscher Behauptungen über Verbrechen, die von Mitgliedern und Mitarbeitern der oben genannten Formationen auf dem Gebiet der Republik Polen begangen wurden“ sowie einer wirksameren Durchführung von Strafverfahren gemäß Artikel 55 des IPN-Gesetzes (Verbot der Leugnung historischer Verbrechen) dienen.

Der Präsidentenentwurf sieht außerdem eine Änderung des Strafgesetzbuchs vor. Artikel 256 Absatz 1a des Strafgesetzbuchs, in der Fassung nach der Novelle von 2022, verbietet die öffentliche Propagierung nationalsozialistischer, kommunistischer oder faschistischer Ideologien sowie von Ideologien, die zur Anwendung von Gewalt aufrufen, um Einfluss auf das politische oder gesellschaftliche Leben zu nehmen.

Der Präsident möchte, dass in Polen künftig auch die Propagierung der „Ideologie der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Fraktion Bandera, und der Ukrainischen Aufstandsarmee“ verboten wird.

„Banderismus“ wird in der Begründung des Gesetzentwurfs definiert als „die Ideologie und Praxis der Bewegung der ukrainischen Nationalisten, die sich um die Organisation Ukrainischer Nationalisten -- Fraktion Stepan Bandera (OUN-B) -- sammelten. Ihr Ziel war die Schaffung eines ethnisch homogenen ukrainischen Staates durch die Beseitigung aller politischen, nationalen und sozialen Hindernisse (...). Diese Ideologie setzte die Interessen der ukrainischen Nation absolut, ordnete dem das Leben des Einzelnen unter und betrachtete Gewalt als zulässiges und notwendiges Mittel im Kampf um die Unabhängigkeit.“

Der Entwurf definiert die von der OUN, der UPA und anderen ukrainischen Formationen, die mit dem Dritten Reich kollaborierten, begangenen Verbrechen als „Völkermord, der auf dem Gebiet der Zweiten Polnischen Republik in den Jahren 1943--1945 verübt wurde, sowie als andere Handlungen, die in der Anwendung von Gewalt, Terror oder anderen Formen der Verletzung der Menschenrechte gegenüber Personen oder Gruppen polnischer Nationalität oder polnischer Staatsbürger anderer Nationalitäten bestanden.“

Der Präsident auf der Welle

Das präsidentielle Gesetzesvorhaben fügt sich in die langjährige Geschichtspolitik der PiS ein. Diese betont das Martyrium und die heroischen Haltungen der Polen, während sie gleichzeitig eine öffentliche

Auseinandersetzung oder kritische Reflexion über die dunklen Kapitel der polnischen Geschichte vermeidet.

Zugleich lässt sich das Projekt kaum anders verstehen als den Versuch, die Welle der antieuropäischen -- genauer: anti-ukrainischen -- Stimmungen in Polen politisch auszunutzen. Präsident Nawrocki und die PiS überbieten sich in ihrer antiukrainischen Rhetorik und ihren Vorschlägen gegenseitig mit der Konföderation und der Partei von Grzegorz Braun. Und im Präsidentschaftswahlkampf war diesem Wettlauf dann auch der Kandidat der Bürgerkoalition, Rafał Trzaskowski, beigetreten. (...)

Der Projektant des Gesetzes behauptet, dass die Gesetzesänderung dem polnisch-ukrainischen Versöhnungsprozess dienen soll: „Unter diesen Bedingungen erscheint Nachsicht gegenüber der öffentlichen Verzerrung der Geschichte des Völkermords in Wolhynien und den benachbarten Regionen sowie das Zulassen der Glorifizierung der Völkermörder der OUN-B, der UPA und anderer ukrainischer Formationen, die mit dem Dritten Deutschen Reich kollaborierten, als besonders gefährlich und schädlich, da sie zugleich Zustimmung zur Zerstörung der sehr guten, freundschaftlichen Beziehungen zur überwiegenden Mehrheit der Ukrainer bedeutet, die die Polen und unser Land Polen und unsere Geschichte respektieren.“

Schwarz-rote Flaggen bei Konzert im Nationalstadion

In der Begründung des präsidentiellen Gesetzesvorhabens wird ausführlich auf aktuelle Ereignisse Bezug genommen. Am 30. September verweigerte die Bezirksstaatsanwaltschaft Warschau-Praga-Południe die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen der Ausstellung ukrainischer nationalistisch geprägter schwarz-roter Flaggen während eines Konzerts des belarussischen Rappers Maks Korż im Nationalstadion. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft gibt es keinen Beweis dafür, dass die Personen mit den Flaggen die Absicht hatten, nationalsozialistische oder faschistische Ideologien zu propagieren.

Im polnischen Recht (wie auch nach europäischem Standard) gibt es kein generelles Verbot der Verwendung bestimmter Symbole (nicht einmal Hakenkreuz oder Hammer und Sichel), von Gesten, Werken, Liedern oder Sprechchören.

Um Inhalte „zu propagieren“, ist eine direkte und besondere Absicht erforderlich -- also ein Handeln mit dem klaren Ziel, andere von einer bestimmten Ansicht zu überzeugen oder bestimmte Tatsachen in positivem Licht darzustellen. Ob ein Verhalten die Kriterien der „öffentlichen Propagierung“ erfüllt, beurteilen Staatsanwälte und Gerichte. Ausschlaggebend sind Absicht und Kontext, nicht die bloße Flagge.

Das präsidentielle Projekt ändert daran nichts. Auch wenn in der Begründung angekündigt wird: „Gegen Täter solcher Handlungen sollten einschneidende rechtliche -- strafrechtliche -- Instrumente sowie Abschiebung und Einreiseverbot in die Republik Polen angewendet werden.“

„Solche Handlungen“ sind nämlich nicht hinreichend präzise beschrieben, damit das Gesetz wirksam greifen könnte. Offensichtlich ist jedoch, dass die Vorschrift eine Drohung darstellt und eine abschreckende Wirkung entfalten soll. Denn auch wenn eine Verurteilung unwahrscheinlich wäre, wäre bereits das Verfahren -- wie bei jedem SLAPP-Verfahren (Gerichtsverfahren zur Einschüchterung von Personen, die sich in öffentlichen Angelegenheiten äußern) -- belastend, kostspielig und langwierig. Besonders dann, wenn die Befürworter der Verfolgung von „diesem“ Ziel die Staatsanwaltschaft unter ihre Kontrolle bringen würden. Genau das kündigt die PiS an.

Marcin Przydacz, Leiter des Büros für internationale Politik von Präsident Nawrocki, sagte im Fernsehsender Telewizja Trwam in diesem Geist: „Der polnische Staat muss mit den entsprechenden rechtlichen Instrumenten ausgestattet werden, damit er handeln kann. Denken wir daran, dass in diesem Zusammenhang auch die sogenannte allgemeine Prävention wirken kann. Wenn jemand sich bewusst ist,

dass für die Verwendung solcher Symbole eine entsprechende Strafe vorgesehen ist, bin ich überzeugt, dass er zweimal überlegen wird, bevor er irgendeine Handlung unternimmt."

Reaktion der Ukraine

Der präsidentielle Entwurf zur Änderung des IPN-Gesetzes und des Strafgesetzbuchs hat Reaktionen aus der Ukraine ausgelöst. Der ukrainische Botschafter in Polen, Wasyl Bodnar, erklärte: „Wir versuchen, dieses Thema zwischen Historikern zu besprechen (...), aber wir verstehen auch die Sensibilität gegenüber Bandera und der schwarz-roten Flagge in Polen. Wir raten außerdem den ukrainischen Bürgern, diese Symbole in Polen nicht zu verwenden, da sie negative Emotionen hervorrufen."

Ukrainische Historiker, darunter ehemalige und amtierende Leiter des Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken (UINM), unterzeichneten einen offenen Brief, in dem sie den präsidentiellen Entwurf kritisieren. Die ukrainische Botschaft in Polen veröffentlichte die Stellungnahme der Historiker in ihren sozialen Medien. Für den Fall, dass die Vorschriften in Kraft treten, schlagen die Historiker vor, in der Ukraine Regelungen zu erlassen, die das Handeln bestimmter Einheiten der Polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) und der Bauernbataillone (Bataliony Chłopskie) bewerten, die sich an Verbrechen gegen ukrainische Zivilisten beteiligt haben sollen.

Solche Regelungen, die als Antwort auf polnische Maßnahmen erlassen werden müssten, würden die Zusammenarbeit erschweren und ebenfalls eine abschreckende Wirkung entfalten. (...)

PiS-Projekt 2024 -- „Wolhynien-Lüge"

Im Dezember 2024 legten Abgeordnete der PiS einen Gesetzentwurf dem Sejm vor. Die Antragsteller wurden von Przemysław Czarnek und Zbigniew Bogucki, dem heutigen Leiter der Präsidialkanzlei von Präsident Nawrocki, vertreten. Der PiS-Entwurf sah -- ähnlich wie der spätere Entwurf von Präsident Nawrocki -- Änderungen am IPN-Gesetz und am Strafgesetzbuch vor. Vorgeschlagen wurde eine Erweiterung des Mandats des IPN um „Verbrechen von Mitgliedern und Mitarbeitern der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Fraktion Bandera (OUN-B), und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA)" -- zusätzlich zu dem bereits bestehenden Mandat bezüglich „ukrainischer Formationen, die mit dem Dritten Deutschen Reich kollaborierten". Der Entwurf der PiS-Abgeordneten sah außerdem eine Novellierung von Artikel 256 Absatz 1a des Strafgesetzbuchs vor, der die Propagierung von Nationalsozialismus, Kommunismus, Faschismus oder anderen totalitären Systemen verbietet. Dieses Verbot sollte um die Propagierung „von Ideologien, die zur Anwendung von Gewalt zur Beeinflussung des politischen oder gesellschaftlichen Lebens aufrufen, einschließlich der Ideologie der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Fraktion Bandera (OUN-B), und der Ukrainischen Aufstandsarmee (UPA), die zum Völkermord in Wolhynien und den benachbarten Regionen in den Jahren 1943--1945 führte", erweitert werden.

Die Antragsteller wollten, dass die „Wolhynien-Lüge" (die Leugnung der Morde an Polen in Wolhynien in den Jahren 1943--45, die Polen als Völkermord anerkennt) analog zur „Auschwitz-Lüge" (Leugnung des Holocausts) geächtet wird. Der Abgeordnete Czarnek verwendete auch den Begriff „Banderismus-Lüge". Im Februar 2025 erklärte Abgeordneter Czarnek, der Berichterstatter des Entwurfs war: „Wir haben beschlossen, einen Gesetzentwurf vorzubereiten, der einerseits ein Erinnerungsprojekt für unsere Märtyrer ist, die in Wolhynien und in Kleinpolen-Ost ermordet wurden, (...) andererseits aber unter Androhung von Strafe die Banderismus-Lüge über das, was vor 82 und 80 Jahren in Wolhynien und Kleinpolen-Ost geschah, verbieten wird; ebenso die Glorifizierung Banderas und der nationalistischen, banderistischen Ideologie unter Androhung von Strafe."

In der Begründung des Projekts wurde eingeräumt, dass „das Ausmaß des Problems schwer einzuschätzen ist, aber von Zeit zu Zeit, wenn auch nicht systematisch (vermutlich häufiger um Jahrestage herum), in der Öffentlichkeit Schlagworte erscheinen, die die genannten Verbrechen leugnen." In der

Analyse der erwarteten Folgen der Regulierung hieß es, dass „der Entwurf die Beziehungen zur ukrainischen Minderheit in Polen verschlechtern könnte, jedoch nur zu dem Teil, der Polen gegenüber ablehnend und antagonistisch eingestellt ist.“

Im September lehnte der Sejm den von den PiS-Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf ab. Gegenstimmen kamen von: 146 Abgeordneten der Bürgerkoalition, 29 Abgeordneten von Polska 2050, 27 Abgeordneten der PSL, 19 Abgeordneten der Linken (Lewica), 3 unabhängigen Abgeordneten, Sławomir Mentzen von der Konföderation. Die Abgeordneten der linken Partei Razem nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Nach der Abstimmung brach auf der rechten Seite ein Streit aus. Abgeordneter Mentzen argumentierte, dass er Anhänger uneingeschränkter Meinungsfreiheit im amerikanischen Stil sei. Spannend wird sein, wie die Abstimmung über den Entwurf von Präsident Nawrocki verlaufen wird. Bevor es dazu kommt, muss der Entwurf obligatorische 30-tägige öffentliche Konsultationen im Sejm durchlaufen. Viel wird davon abhängen, wie stark die Rechte ihre Anhänger mobilisieren will, um Nawrockis Projekt zu unterstützen.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/banderyzm-wedlug-nawrockiego-czyli-ogolna-walka-z-nie-wiadomo-czym>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: tvn24.pl

“Ich habe gesagt, dass es keine Umverteilung von Migranten in Polen geben wird,
und es wird keine geben! Erledigt!”

Donald Tusk

<https://tvn24.pl/polska/szesc-rzeczy-ktore-warto-wiedziec-12-pazdziernika-2025-najwazniejsze-wydarzenia-st8695078>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

tagesschau.de

Schwaches Interesse an Kaczynskis Themen-Test

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/proteste-polen-124.html>

polenjournal.de

Deutschland bleibt zurück. Polen überholt die größten Volkswirtschaften Europas

https://polenjournal.de/aktuelles-aus-polen/wirtschaft/deutschland-bleibt-zurueck-polen-ueberholt-die-groessten-volkswirtschaften-europas/#google_vignette

spiegel.de

Polens Außenminister warnt vor russischem Angriff »tief in Europa«

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-aussenminister-radoslaw-sikorski-warnt-vor-russland-angriff-tief-in-europa-a-b8357b14-e613-4db6-8193-ae3a0487a356>

spiegel.de

Pistorius schickt Kampffjets für Nato-Schutzflüge nach Polen

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/boris-pistorius-schickt-kampffjets-fuer-nato-schutzfluege-nach-polen-a-9195ae57-369c-4ad0-a019-6832cfd15004>

blick.ch

Frau wurde in Polen 27 Jahre lang in winzigem Zimmer eingesperrt

<https://www.blick.ch/ausland/es-lief-uns-kalt-den-ruecken-herunter-frau-wurde-in-polen-27-jahre-lang-in-winzigem-zimmer-eingesperrt-id21323566.html>

gtai.de

Schwierige Zeiten für Automatisierungsdienstleister in Polen

<https://www.gtai.de/de/trade/polen/branchen/industriearomaten-1934352>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus